

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

## **Bio braucht Demo.kratie**

### **Lebensmittelqualität & Lebensqualität in der erweiterten EU**

Tagung

**5.12.2003, 10-17 Uhr**

**Kath. Akademie, Freiburg/Br.**

Hintergrund der Tagung war die im Mai 2004 anstehende Erweiterung der Europäischen Union um zehn mittel- und osteuropäische Länder und Malta. An die Erweiterung knüpft sich einerseits die Hoffnung auf politische Stabilität und die Stärkung der Demokratien in Mittel- und Osteuropa.

Andererseits bedeutet die Erweiterung und die Veränderungen der internationalen Handelsbeziehungen unter dem Druck der Globalisierung eine bedeutende Herausforderung für die europäische Landwirtschaft. Beide Prozesse sind von Unbehagen über die Risiken begleitet.

Der Veränderungsdruck beinhaltet aber auch Chancen für eine europäische Agrarpolitik, die

- ökologische Landwirtschaft,
- regionale Wertschöpfungsketten und Vermarktung,
- neue Bündnisse zwischen Landwirten, VerbraucherInnen und Umwelt- und Naturschutz einerseits und zwischen Regierungsstellen und lokalen Akteuren andererseits für eine Strukturentwicklung des ländlichen Raumes

fördert und stärkt.

Die Veranstaltung zeigte die Situation der europäischen Landwirtschaft und Agrarpolitik kurz vor der Erweiterung der Europäischen Union in einer beeindruckenden Breite und Vielfalt.

Nach einem einführenden Grußwort der Umweltbürgermeisterin der Stadt Freiburg und Mitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, Gerda Stuchlik, eröffnete Milan Horacek, der Leiter des Prager Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung, das Thema mit einem Plädoyer, trotz aller Schwierigkeiten auch die Chancen der EU-Osterweiterung zu sehen: Europa als gemeinsame Zukunft und Identität.

Jirina Pavelkova vom größten tschechischen Bioanbauverband Pro-Bio und Laszlo Radics, Professor für ökologischen und nachhaltigen Anbau an der Universität Budapest und Berater des ungarischen Bioanbauverbands Biokultura, stellten im Anschluss u.a. die Entwicklung des Biolandbaus seit Anfang der 1990er und die Vermarktungsstruktur biologisch produzierter Lebensmittel in Tschechien und Ungarn vor.

Hannes Lorenzen, Berater der Grünen Fraktion des Europäischen Parlaments in Brüssel und Koordinator des PREPARE-Netzwerks, öffnete mit seinem Vortrag „Quo vadis europäische Landwirtschaft?“ den Blick auf die gesamteuropäische Agrarpolitik und Notwendigkeit von Reformen angesichts der Erweiterung und der Weltmarktentwicklungen. Er betonte die Wichtigkeit der Demokratie für die politische Akzeptanz des ökologischen Landbaus in der Vergangenheit aber auch für die Zukunft und gab einen Überblick über die kleinen (aber stetigen) Erfolge, aber auch die verpassten Chancen der EU für eine Agrarpolitik, die Qualität und nicht allein die Produktionsmengen in den Mittelpunkt stellt.

Einen besonderen Aspekt der Landwirtschaft beleuchtete Holger Christ vom Öko-Institut (Institut für angewandte Umweltforschung). Er stellte den derzeitigen Stand der Forschung und des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen und diesbezügliche Aktivitäten und Gesetzgebung in den Beitrittsländern vor. In der anschließenden Diskussion zeigte sich,

dass die grüne Gentechnik auch innerhalb der „alten EU“, unabhängig vom bevorstehenden Beitritt erhebliche Skepsis hervorruft.

Die nächsten beiden Vorträge zeigten sehr konkret die Perspektiven regionaler Initiativen für ökologischen Landbau und regionale Entwicklung auf. Wolfgang Pirkhuber, Nationalratsabgeordneter, Agrarsprecher der Grünen und Biobauer aus Österreich, stellte den österreichischen Weg der Bio-Regionen und das Projekt Bio Alpe Adria vor, ein grenzüberschreitendes Projekt, welches die Vernetzung und Entwicklung der österreichisch-slowenisch-italienischen Grenzregion zum Ziel hat. Peter Torkler, Referent für EU-Erweiterung und ländliche Entwicklung beim WWF Deutschland stellte Modellprojekte zur Beteiligung lokaler Akteure bei der ländlichen Entwicklung in Polen vor.

Im letzten Vortrag erläuterte Tanja Dräger von Ecologic (Institut für internationale und europäische Umweltpolitik) Ergebnisse von Untersuchungen zu den Auswirkungen verschiedener Instrumente der europäischen Agrarpolitik auf Umwelt- und Naturschutz in den Beitrittsländern.

Trotz des sehr dichten Programms wurden die einzelnen Aspekte immer wieder durch die TeilnehmerInnen intensiv diskutiert. Besonders fruchtbar war die Anwesenheit unterschiedlichster AkteurInnen. So waren Anbauverbände aus den Beitrittsländern ebenso vertreten wie z.B. der deutsche Biolandverband, nationale und europäische Politik, Umweltverbände, angewandte Wissenschaft und auch EndverbraucherInnen. Die interessante und engagierte Diskussion trug viel zum gegenseitigen Verständnis auf beiden Seiten bei – als einem ersten Schritt, vorhandene Ängste abzubauen und die Chancen zu sehen, die ein zukünftiges stärkeres Zusammenwachsen bringen kann.

In der Schlussrunde betonten Gottfried May-Stürmer (BUND Regionalverband Franken), Martina Braun (Bioland) und Melanie Amrhein (Plenum Kreis Reutlingen, ein Projekt der Landesregierung Baden-Württemberg) die aus ihrer Sicht wichtigsten Aspekte des Themas und welche Spuren die Tagung bei ihnen hinterlassen hat.

So wurde auf der politischen Ebene eine Agrarpolitik gefordert, die nicht auf Masse, sondern auf (Lebensmittel-)Qualität und eine multifunktionale Landwirtschaft setzt. Vor allem die Fehler, die innerhalb der alten EU gemacht wurden, sollten in den Beitrittsländern nicht wiederholt werden.

Selbstverständlich konnte die Befürchtung, dass billige (Bio-) Produkte auf den westeuropäischen Markt drängen und für hiesige Produzenten eine ruinöse Konkurrenz werden, nicht vollständig abgebaut werden. Deutlich wurde, dass zur Gegensteuerung die Entwicklung ländlicher Räume eine zentrale Bedeutung hat: Der Aufbau regionaler Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, aber auch darüber hinausgehend eine kulturelle und soziale Aufwertung ländlicher Räume, die nur gelingen kann, wenn die maßgeblichen regionalen AkteurInnen eingebunden sind und aktiv partizipieren können – was wiederum die Entwicklung hin zu demokratischen Strukturen und einer demokratischen, partizipativen Kultur bedingen.

Dies ist ein gemeinsames Anliegen in den alten Mitgliedsländern wie in den neuen Beitrittsländern, das den Austausch und die Zusammenarbeit der an diesen Prozess Beteiligten braucht.

Dazu hat die Tagung nach der einhelligen Meinung aller TeilnehmerInnen und ReferentInnen einen wichtigen Beitrag geleistet.

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des länderübergreifenden Projekts "Flüsse verbinden europäische Regionen - die europäische Erweiterung als Chance" und in Zusammenarbeit mit der Grünen Bildungswerkstatt Österreich. Das Projekt wird im Rahmen des Programms „PRINCE“ der Europäischen Kommission gefördert.